

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-52316](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-52316)

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens 1/2 Bogen.

Neue Blätter

für

Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Preis des Jahrgangs 2 Nthlr. Courant; mit Porto, soweit die Großb. Oldenb. Posten gehen, 2 Nthlr. 24 gr. Courant.

Mittwoch, 6. December.

1848.

N^o 98.

Frankfurt a. M., den 26. Nov. 1848.

*) Es hat mich wirklich gerührt, alter Freund, daß Du in der Abgeschiedenheit Deines Fleckens außer Stande, Dich richtig zu orientiren, nach 18 Jahren den ersten Brief an mich schreibst, um zu fragen, wie Du meine Stellung zu verschiedenen politischen Ereignissen aufzufassen habest. Ich danke Dir, daß Du mich nicht ungehört verdammt. Wenn ich Dir aber nur in der Kürze antworte, so erkläre Dir das daraus, daß ich zu viel mit mir selbst zu thun habe, um mein Urtheil in all den schwierigen Fragen, in denen es täglich verlangt wird, zu präpariren — ein Nachbeter bin ich nie gewesen. — Selbst meine Wähler, denen zu berichten ich doch geneigt und verpflichtet bin, haben nur selten etwas von mir erfahren.

Von einem „abscheulichen Treiben der Rechten“ habe ich sonst niemals etwas bemerkt. Selbst im rechten Centrum sitzend, und nicht selten in dem Falle, Namens meiner politischen Freunde mit jenen Männern zu verhandeln, habe ich in den Falten ihres Herzens wohl mitunter eine Sehnsucht nach einer frühern relativ-guten Zeit bemerkt, aber niemals den Trieb, unsere Zustände dahin zurückzuführen. Sie anerkennen die Revolution als eine Thatsache, welche nicht rückgängig gemacht werden kann. Sie wollen

*) Wir lassen hier einen Privatbrief des Abg. Müller mit seiner Erlaubniß abdrucken, der sich offen und unumwunden wie über die vorgekommenen Hauptfragen, so über die ganze Richtung von des Verfassers politischer Thätigkeit ausspricht. D. Red.

sie aufrichtig befestigen und meinen grade darum, daß eine Vereinbarung mit den Einzelregierungen nöthig sei; sie denken sich nämlich Fürst und Volk getrennt und ein Recht, das aus dem einseitigen Volkswillen hervorgegangen, nicht verpflichtend für den andern Theil. Männer, wie Rothmer und Detmold, denen unter dem Scheele'schen Regiment ihre Ueberzeugungstreue Verfolgungen zuzog, sollten bei Euch Hannoveranern die Rechte gegen völlige Mißachtung schützen. Bruck und Czörnig und der talentvolle Mühlfeld sind in Oesterreich Namen von gutem Klang, v. Rothenhan als eifrigem Vertreter des Protestantismus, v. Veisler als freisinnigem Cultusminister, und selbst dem „ultramontanen“ Lassaulx wird in Baiern niemand den Namen eines Ehrenmannes streitig machen; Graf Schwerin, wenn auch überschätzt in intellectueller Hinsicht, genießt gleicher Anerkennung in Preußen und v. Vincke's Talent und Charakterfestigkeit kennt Europa. — Daß zu einzelnen störenden Auftritten auch die Rechte mit Veranlassung gewesen, ist richtig; aber wer will es sterblichen Menschen verargen, wenn sie, unaufhörlich gereizt und abgelenkt von der Hauptaufgabe, der Gründung der deutschen Verfassung, mitunter auch leidenschaftlich sich äußern!

Dem rechten Centrum — von dessen 135 Mitgliedern ich eins bin — wirfst Du Unempfindlichkeit gegen die für das Vaterland wichtigsten Fragen vor, Du kannst diesen Vorwurf zugleich auf die 2 nächstgelegenen Fractionen (im „Landsberg“ und „Mugelburger Hof“) mit erstrecken, da wir, prinzipiell fast gar



nicht geschieden, auch in der Tactik seit 2 Monaten fast immer Einen Gang gehen. Diese 3 centralen Fractionen machen mit ihren 200—210 Stimmen, wenn alle Mitglieder anwesend sind und zusammenhalten, allerdings beinahe allein die Majorität, und daher richtet sich der Vorwurf fast allein gegen diese. Wenn Du aber, um zu exemplifiziren, zuerst die schleswig-holsteinische Angelegenheit nennst, so wundert mich das jetzt allerdings sehr. Ich dächte, jetzt hätte sich klar gezeigt, daß der Waffenstillstand so gar ungünstig nicht gewesen. Das Land, das er zunächst angeht, ist zufrieden. Es hat z. B. der zweite holsteinische District den Holsteiner Althausen gegen den Schleswiger Beseler bei der Wahl zur Reichsversammlung durchfallen lassen, ungeachtet ersterer gegen, letzterer für Vollziehung des Waffenstillstandes gestrebt hat. Die Stellung der preussischen Regierung war bei Entscheidung der Frage eine secundäre Rücksicht. Auch würde man sehr Unrecht haben, ihr alle Fehler als absichtliche Vergehen anzurechnen. Die Regierung wurde gedrängt von ihrer Bevölkerung und diese ist zum geringen Theile deutsch durch Dick und Dünn. — In Deinem Tadel über die Haltung in der österreichischen Frage ist eben so wenig Positives, als in den Reden der hiesigen Linken. Geruhe nur irgend einer von diesen Tadeln zu sagen, was hätte geschehen sollen. „Energische Maßregeln“, „kräftiges Voranschreiten“, „oser, toujours oser“ — so schreien auch die Gefühlspolitiker Eisenmann und Benedey und die Freunde der permanenten Revolution stimmen ihnen freudig bei, weil etwas mehr Umsturz ihnen willkommen ist, und ihrer Meinung nach in das Gebäude der Freiheit noch nicht genug von dem heilsamen Kitt — Thoren nennen es Blut — verwendet ist. Das Reichsministerium sandte Commissäre zur Vermittelung. Aber Widischgrätz, in dessen kräftige Arme sich die österreichische Regierung hatte werfen müssen, hatte Vollmachten, die ihm möglich machten, ungeachtet der Dazwischentunft der Vermittler, vorwärts zu gehen; vorwärts zu gehen, „selbst wenn der Kaiser sich jetzt anders entschloße.“ Die Commissäre gingen nach Olmütz, wo der Sitz der executiven Gewalt war, von der allein der Fürst allenfalls Befehle annehmen würde. Hätten sie nach Wien gehen sollen, dem er als Feind gegenüberstand? Sie erwirkten längere Bedenkzeiten für die vom Proletariat und den 7—8000 Legionairs

(die sich „academisch“ nannten, ungeachtet nicht der zehnte Theil Studenten waren) beherrschte Stadt. Das war freilich Alles; und weil die Stadt nicht zur Besinnung kommen wollte, war somit die Sendung fruchtlos. Freilich hätte man ein Heer von 60,000 Mann zu ihrer Verfügung stellen sollen. Lieber Freund, man stampft solche Heere nicht aus dem Boden, und eben so wenig wirft man sie in wenig Tagen 50—60 Meilen weit durchs Land. Unsere patriotischen Ständekammern schreien ja sehr über Vermehrung der Heeresmacht, als bedürfte es deren nicht. Aber in der That hatten die Commissäre das Recht, auch deutsche Truppen zu fordern, und 20,000 Baiern, und eben soviel Preußen und Sachsen wären wohl in einigen Wochen zu erlangen gewesen. Würden aber diese von den Bewohnern Oesterreichs willkommen geheißen sein, von den zu $\frac{1}{2}$ slavischen Böhmen, von den nur halb deutschen Mähren und Oberösterreichern. Würde selbst das deutsche Niederösterreich eine solche Invasion verstanden haben? Und würden nicht die deutschen Demokraten selbst die Absichten dieses Heeres verdächtig haben, wie denn wirklich hier Interpellationen in der Richtung gegen einen Zugug von Reichstruppen vorkamen. Würde man nicht in dem temporär von Truppen entblößten Oberschlesien die Fahne des Aufstands aufgesteckt haben? Du siehst, es ist so etwas leichter vorgeschlagen, als ausgeführt, leichter ausgeführt, als zum heilsamen Ziele geführt. — Wir billigen wahrhaftig nicht die unnöthige Strenge gegen Wien, wenn wir uns freilich bescheiden, von hier aus nicht beurtheilen zu können, in wie weit das, was geschehen, nöthig war, wenn nicht alles aus dem Leim gehen und an die Stelle des Bürgerkrieges in der Einen Richtung in bellum omnium contra omnes treten sollte.

Das Verfahren der National-Versammlung in Betreff Blums billige auch ich nicht — aber in ganz entgegengelegtem Sinn. Die feierliche Verwahrung gegen die bei der Verhaftung und Tödtung Blums geschehene Außerachtlassung des Schutzgesetzes und den Auftrag zur Ermittlung der Schuldigen finde ich ganz in der Ordnung, und daß dieser Beschluß in würdiger Stille gefaßt worden, passender als wenn brausende „Wärme“ gezeigt wäre. Es blieb übrig, daß man sich ohne Aufsehen an den Gaben für seine Hinterbliebenen betheiligte. Aber eine prangende Todtenfeier, an die sich nothwendig noch andre politische Demonstrationen knüpfen,

hätte nicht beschlossen werden sollen. Es liegt darin eine Veranlassung zur muthwilligen Erweiterung der Kluft zwischen Deutschland und Oesterreich und ein Beitrag zur Verwirrung der Begriffe von Recht und Unrecht, dessen es wahrhaftig in unserem Volke jetzt nicht bedarf. Der Vorbeer gehört nicht um die Schläfe eines Mannes, der in offenkundiger Verkenntnis seines Berufes den Posten verlassen hatte, wo er seine Ueberzeugung in dieser Angelegenheit geltend zu machen hatte, wo er die Vermittlung der Reichscommission nur erschwerte und der bedrohten Bevölkerung Wien's den Irrthum erzeugte, als finde ihr Zustand die unbedingte Billigung der Vertreter der deutschen Nation, ein Irrthum, der den terrorisirenden Pöbel nur in seiner Hartnäckigkeit bestärken mußte. Ich sehe hier ganz davon ab, daß ich persönlich von Blum's sittlicher und intellectueller Größe, seit ich ihn genauer kannte, nicht sehr durchdrungen bin und daß ich zu seinen politischen Gegnern gehörte. Ich darf mich in solchen Dingen um so mehr für unbefangenen halten, als ich auch von großen Demonstrationen abrieth, als, nach dem Tode Kuerswald's und Lichnowsky's — die auf dem ihnen angewiesenen Posten und wegen ihrer Vertheidigung desselben getödtet wurden — in Freundeskreisen dergleichen besprochen wurde. Man soll nicht Drachenzähne säen, wenn selbst aus gewöhnlicher Saat nicht selten geharnischte Männer emporwachsen.

Die preussische Angelegenheit, die Du uns ebenfalls zum Vorwurf machst, kann ich nur dann so desperat ansehen, wenn ich annehme, daß eine Reaction, im alten Sinne des Wortes — denn neuerdings hat man vielfach mit den Begriffen auch den Sprachgebrauch verwirrt — in Deutschland vom Volke werde geduldet werden. Ist der Freiheits- und Einheitsdrang wirklich so groß, wie wir nach der Haltung der Presse und der öffentlichen Versammlungen annehmen müssen, dann sehe ich keine Gefahr, wenn auch die vielbesprochenen „Gelüste“ in einigen Cabinetten sein mögen. Halte das Volk, statt sie muthwillig oder planmäßig zu discreditiiren, zu der Nationalversammlung und nehme es, was schon jeder Einzelne mit Recht fordern kann, bei allen ihren Handlungen so lange die Lauterkeit der Absicht an, bis das Gegentheil nachgewiesen ist, bedenke es dabei, daß Niemand besser beurtheilen kann, was der jedesmaligen Lage des Vaterlandes dient, als der fortwährend im Centrum desselben die Hand am Pulse seines politischen Lebens hält: so wird es gewahrt werden, daß so lange die Centren die maßgebenden Vota abgeben, die Freiheit keine Gefahr läuft. Zeugen doch die bisherigen Beschlüsse über das Verfassungswerk dafür, daß wir ein Maß von Freiheit wollen, wie es bisher in keinem monarchischen Staat hat dauern wollen. Speziell die preussische Angelegenheit betreffend, lege ich die Worte eines politischen Freundes bei. Ich darf sie mir im Wesentlichen eignen.

„Der Conflict, welcher in Preußen zwischen der Krone und der Landesversammlung sich erhoben hat, konnte natürlich die deutsche Nationalversammlung nicht unberührt lassen und am 11. d. M. hatte sie zum Erstenmal ein Urtheil über diese Angelegenheit abzugeben. Sie ging hierbei von dem Gesichtspunkt aus, daß: 1) anerkanntermaßen die Berliner Versammlung unter dem Terrorismus eines Theils des dortigen Volks gestanden und ihre Würde und Berathungsfreiheit diesem Treiben gegenüber nicht in der Weise gewahrt habe, wie es ihre Pflicht gewesen wäre; 2) daß hiedurch die Krone sich veranlaßt sah, um sicher zu sein, daß sie wirklich mit einer Versammlung freier Volksvertreter und nicht mit dem Berliner Volk allein die Landesverfassung vereinbare, die Versammlung nach Brandenburg zu verlegen, ein Act, dessen Rechtmäßigkeit von vielen Seiten angefochten wird, weil er einseitig von der Krone vorgenommen wurde; 3) daß die Krone zur Durchführung dieser Maßregel Männer zu Ministern ernannte, welche das Vertrauen des Landes in keiner Weise genießen. Bei dieser Anschauungsweise konnte der Ausspruch der deutschen Nationalversammlung kein anderer sein, als daß: 1) durch Beseitigung des Pöbelterrorismus in Berlin die Freiheit und Würde der dortigen Versammlung wiedergegeben, daß 2) wenn dieß geschehen, das Decret über Verlegung derselben nach Brandenburg aufgehoben und daß endlich 3) von der Krone ein von dem Vertrauen des Landes getragenes Ministerium gewählt werde. Die Frankfurter Versammlung hat es auf diese Weise unterlassen, für die Krone oder für die Berliner Versammlung Partei zu ergreifen, sie hat sich den höhern Standpunkt der Vermittlung zwischen den streitenden Theilen bewahrt.“

„Seit jenem Tag ist der unheilvolle Riß zwischen Krone und Landesversammlung immer größer geworden, die Maßregeln, welche von ersterer zur Bekämpfung der Gesetzlosigkeit in Berlin ergriffen wurden und welche auch nach dem Urtheil besonnener Männer das rechte Maß in mancher Beziehung überschritten haben, haben andererseits die Landesversammlung zu Beschlüssen veranlaßt, welche den Staat in einen Abgrund zu stürzen und dem ganzen deutschen Vaterland unheilbare Wunden zu schlagen drohen. Der Beschluß, durch welchen die Erhebung bereits gesetzlich ausgedrückter Steuern suspendirt wird, ist das Unerschöpflichste, was das konstitutionelle Leben freier Völker aufzuweisen hat. In einer Zeit allgemeiner Aufregung und Begriffsverwirrung, wo der kleinste Funke die verzehrende Flamme anzufachen vermag, wäre es wohl die heiligste Pflicht der Volksvertreter, ordnend und organisirend zu wirken und die stürmischen Wellen der Leidenschaft zu besänftigen; ist es nicht unverantwortlich, anstatt dessen die Brandfackel der Anarchie und des Bürgerkrieges in das Volk zu



schleudern und dem Staatsorganismus die Pulsader, abzuschlagen? Ist dies nicht doppelt unverantwortlich, wenn man aller Fähigkeit beraubt und ledig ist, diesen Organismus wieder zu beleben? Ich schweige von manchen andern Beschläüssen, welche die Berliner Versammlung in den letzten Tagen gefaßt hat, ich schweige von den Bedingungen, auf welche ein Theil jener Verhandlung sich nur mit der Krone versöhnen will und deren Erfüllung nichts mehr und nichts weniger herbeiführen würde, als eine gänzliche Beseitigung des Königthums und eine Verwandlung der Berliner Versammlung in den Convent. Wenn diese Versammlung in der geschicktesten Weise ihre heiligsten Pflichten gegen Preußen, wie gegen Deutschland aus den Augen verloren hat, so kann andererseits nicht geläugnet werden, daß die von der Krone und deren Rathgebern gethanen Schritte zu der gerechten Befriedigung Raum geben, es möchte versucht werden, nach Befriedigung der Gefloßigkeit auch die dem Volke zugesicherten Rechte und Freiheiten zu vernichten. Die deutsche Nationalversammlung hat in Erwägung dieser Umstände es daher für nöthig gehalten, in ihrem Beschluß vom 20. Nov. der Krone Preußen es von Neuem zur Pflicht zu machen, das Ministerium Brandenburg zu entlassen und ein vorläufiges zu erwählen, sie hat ferner dem preussischen Volk die Gehaltung der ihm zugesicherten Rechte und Freiheiten verbürgt, gegen jeden Uebergriff der Reaction, sie hat aber auch den unseligen Beschluß der Berliner Versammlung bezüglich der Suspension der Steuerhebung als einen den Staatsorganismus aufhebenden für null und nichtig erklärt. Es ist vorauszusetzen, daß dieser letzte Ausdruck gewaltiges Geschrei hervorrufen wird, daß man die Männer, welche ihn in gewissenhafter Pflichterfüllung faßten, von Neuem mit dem Namen Völk- und Hochverräter brandmarken, daß man vielleicht auch wieder aus unsern Reihen einige Schlachtopfer zu blutigen Mordthaten aussuchen wird. An alles dieses sind wir gewöhnt und die Entwicklung der Dinge seit dem 16. Sept. legt davon Zeugnis ab, ob die deutsche Nationalversammlung durch Terrorismus und Gewaltthat von der als richtig erkannten Bahn der Fortentwicklung auf der Basis des Gesetzes sich hat abwenden lassen. Die Geschichte wird dereinst billiger urtheilen, als manche politische Vereine und Volksversammlungen über eine Schaar von Volksvertretern, welche unter dem sinnverwirrenden Geheiß des Tages, welche in der allgemeinen Betäubung und hastigen Ueberhitzung sich die Besonnenheit des Urtheils und die Klarheit des Blickes zu erhalten sucht, welche auch in Momenten, da die tobenden Wogen über ihren Häuptern zusammen zu schlagen drohten, sich nicht scheute, es auszusprechen: das ist Recht und bleibt Recht!

„Das deutsche Volk mag jetzt entscheiden; es hat die Wahl, ob es mit der Frankfurter Versammlung den Weg der gesetzlichen Fortentwicklung unseres deutschen Vaterlandes gehen, oder ob es nach dem Vorgang der Berliner Versammlung einen vollständigen Umsturz der staatlichen Verhältnisse und dadurch alle Schrecken der Anarchie herbeiführen will! Ob aus dieser Anarchie das deutsche Volk zur Freiheit und Einheit sich erheben wird, daran mag man billig zweifeln; das ist aber gewiß, daß die hiesige Versammlung in ihrer Mehrheit die betretene Bahn nicht verlassen, daß sie den Kampf der Reform gegen die permanente Revolution muthig fortzuführen und in demselben entweder siegen oder untergehen wird! Wer da meint, daß nur durch allgemeinen Umsturz und durch Vermittlung der Anarchie aus Deutschland etwas werden könne, der stelle sich auf die Seite unserer Feinde, bedenke aber wohl, welche unermessliche Verantwortung er auf seine Schultern nimmt! Alle diejenigen aber, welche noch nicht an der Zukunft unseres Vaterlandes verzweifeln, welche nach der Gründung eines freien, einigten, mächtigen Deutschlands verlangen und dieses Ziel auf der Bahn reformatorischer Umgestaltung zu erreichen wünschen, die mögen entschließen sich um uns scharen und mit Kraft für die deutsche

Sache, das heißt für die Sache der Einheit, Freiheit und Ordnung in unserem Vaterlande wirken! Unsere Nachkommen werden darüber entscheiden, wer die richtige Bahn gewandelt ist!“

Ich füge hinzu, Du und die andern „Medelsgenossen“, Ihr seid auf dem falschen Wege, wenn Ihr nur gefunnt seid und nicht zum Handeln kommt. Wenn Ihr ein böses Treiben verbergen seht und nicht zutretet und ihm wehrt, so verräthet Ihr durch Eure Passivität das Vaterland eben so sehr, als vor Zeiten die es verräthet haben, welche Fürsten und Staatslenker Jahre aus Jahre ein am Abgrund wandeln sahen, ohne sie anzurufen und auf den rechten Weg zu mahnen. Wenn die Männer nur zu seufzen wissen über die Gefahren des Vaterlandes, so kriegen die Wunden das Heil in die Hand und treiben uns durch ihre Unkenntniß der Dinge von einem Extrem ins andere — von der Vöbelherrschaft zum Despotismus. Euer Stillstehen ist eben so schädlich — wenn auch viel weniger unmoralisch — als das Thun derer, die eben so dienstbeissen waren, als der Wind von Osten wehte, als jetzt, da er von Westen oder Süden gekommen. Ich, mein Freund, bin über die Consequenz meiner Jugendstreben mit denen meines Mannesalters vollkommen beruhigt; ein „frei und gerecht geordnetes und durch Volkseinheit gesichertes“ Staatenleben in Deutschland haben wir als Jünglinge angestrebt, schon damals haben wir die Umwandlung des Staatenbundes in den Bundesstaat nicht selten als das in organische Entwicklung Erreichbare bezeichnet. Nun, daran schaffen wir, denke ich, ernstlich. Daß jetzt so viele, in denen die Schnüch nach unserm patriotischen Ziele geschlummert haben muß, durch eine stürmische Märznacht aufgerüttelt, sich die Augen reiben und spornfreudig an uns vorüber laufen, um die verlorne Zeit durch ihre Hast wieder einzubringen, soll uns nicht trennen. Wir sind ja nicht voran gewesen, um für uns etwas dadurch zu erzagen! Ich bin auch mitten in der Märzbegeisterung gewesen, und wahrhaftig mit ganzem Willen; aber Hunderte meiner Mitbürger können mir das Zeugnis geben, daß ich von Anfang an die Besonnenheit hatte, vor dem Uebermaße zu warnen. Wurde ich dessen ungeachtet in die Nationalversammlung gewählt, so durfte ich überzeugt sein, daß meine Wähler gerade diese Haltung in mir gesucht und anerkannt haben. Ich würde mich, obgleich verständigen Raths immer zugänglich, auch nicht dazu hergeben, mich nach jedem Wechsel der Volkstimmung in der Wahlkörperlichkeit umzuformen. Leider thun das manche, sonst sehr ehrenwerthe Leute, z. B. mehrere Würtemberger von geachtetem Namen. Nichts trägt aber mehr dazu bei, das öffentliche Urtheil über die Nationalversammlung zu verwirren, als solcher Farbenwechsel Einzelner. — Doch, doch; weit mehr thut die Presse. Die Zeitungspreffe ist leider durch die Zensur vorzugsweise in die Hände des literarischen Proletariats gekommen. Die Zeitungen selbst sind Buchhändler-Speculationen, und diese rentiren nur, wenn sie durch Declamationen und pikante Redensarten die große Menge der Leser reizen. Wechelt ein Blatt die Farbe, so währt es ein halbes Jahr, bis der Abonnent das inne wird, und eben so lange bis er demgemäß handelt und das Blatt aufbestellt. In England giebt ihr Charakter einer Zeitung Gewicht; dort treten die geachteten Organe der Nachsprecherei und der Macht der Redensarten mit Ernst entgegen. Bei uns gehen die Zeitungen oft bewußtlos mit dem wandelbarsten Haufen, weil ihre Correspondenten nur in den Wirthshäusern und Versammlungen den Stoff zu ihren Mittheilungen sammeln. Viele Leser halten oder lesen aber nur eine Zeitung, und wenn sie nicht auf ihrer Hut sind, schlagen sie mit ihr um. So kann es kommen, daß die Stimmung einer ganzen Gegend davon influirt wird, ob sich ein Redacteur durch Ragenmücken und Mißhandlung seines guten Namens terrifiziren läßt oder nicht.

Da hast Du, lieber B., trotz meines Eingangs geäußerten Vorleses, eine ganze Epistel. Aber sei ruhig, ich werde nicht sobald wiederkommen. Dein A. v. r.

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich zwei Nummern, jede zu mindestens $\frac{1}{2}$ Bogen.

Neue Blätter

für

Stadt und Land.

Sechster Jahrgang.

Preis des Jahrgangs 2 Rthlr. Courant; mit Porto, soweit die Größ. Oldenb. Posten gehen, 2 Rthlr. 24 gr. Courant.

Donnabend, 9. December.

1848.

N. 99.

Zur Birkenfelder Verfassungsfrage.

Bei den Besprechungen der Birkenfelder Verfassungsfrage scheint uns diejenige Urkunde, welche das Fürstenthum Birkenfeld gestiftet und ins Dasein gerufen hat, bisher zu wenig hervorgehoben zu sein. Die Schlussacten des Wiener Congresses vom 9. Juni 1815, auf welcher der gegenwärtige Länderbestand in Europa größtentheils beruht, ein völkerrechtlicher Vertrag, abgeschlossen von den Regierungen Oesterreich, Spanien*), Frankreich, England, Portugal, Preußen, Rußland, Schweden, und angenommen von dem Vater unsers Großherzogs, enthält folgende Oldenburg betreffende Artikel: Art. 33. „Der König von Hannover, um dem Wunsche des Königs von Preußen, daß der Herzog von Oldenburg ein convenables Landesgebiet erhalte, zu genügen, verspricht, letzterem einen District mit 5000 Seelen Bevölkerung abzutreten.“ Art. 34. „Der Herzog von Holstein-Oldenburg wird den Titel Großherzog von Oldenburg annehmen.“ Art. 49. „In dem ehemaligen Saar-Departement an der Grenze des preussischen Gebiets, wird ein District mit 69,000 Seelen Bevölkerung vorbehalten, worüber in folgender Weise verfügt werden soll: der Herzog von Sachsen-Coburg und der Herzog von Oldenburg werden jeder ein Territorium mit 20,000 Einwohnern

erhalten, der Herzog von Mecklenburg-Strelitz und der Landgraf von Hessen-Homburg jeder ein Territorium mit 10,000 Einwohnern, und der Graf v. Pappenheim ein Territorium mit 9000 Einwohnern.“ Art. 50. „Da die im vorhergehenden Artikel den Herzögen von Sachsen-Coburg, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz und dem Landgrafen von Hessen-Homburg*) bestimmten Erwerbungen mit ihren Staaten nicht zusammenhängen, so versprechen hiermit der Kaiser von Oesterreich, der Kaiser von Rußland, der König von Großbritannien und der König von Preußen, nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges oder sobald die Umstände es erlauben werden, sich dafür zu verwenden, daß die genannten Fürsten das ihnen zugesicherte durch Tauschverträge oder andere Arrangements empfangen. Um die Verwaltung der besagten Districte nicht zu sehr zu vervielfachen**), sollen sie einstweilen unter preussischer Verwaltung bleiben zum Vortheile der neuen Erwerber.“

*) Wir fragen, wie bei solchem Wortlaut der Stiftungsurkunde, bei dieser ganz gleichmäßigen Bezeichnung der verschiedenen Landesherren als solcher, nur die Annahme möglich war, daß das Fürstenthum Birkenfeld ein bloß persönlicher Erwerb des Herzogs Peter Friedrich Ludwig gewesen sei? Wo das Geiz nicht unterscheidet, da dürfen auch wir nicht unterscheiden wollen, sagt eine bekannte Rechtsregel.

**) Liegt nicht in diesen Worten eine unumwundene Anerkennung der Schwierigkeit, kleine Landesgebiete ordnungsmäßig zu regieren?

*) Spanien steht in der Acte, hat aber die Unterschrift verweigert.

